

PRESSEMITTEILUNG DES BEZIRKSVORSITZENDEN GÜNTHER
FELBINGER, MDL VOM 22.03.2011

Bürgermeister-Kommunalgespräch in Gerolzhofen

Gerolzhofen.

Die Freien Wähler haben bei ihrem Bürgermeister-Kommunalgespräch die Zukunftsentwicklung des ländlichen Raumes ins Visier genommen. „Teile des Zukunftsrats-Gutachtens haben ganze Regionen in Bayern tief ins Mark getroffen. Die Bürger sind entsetzt. Besonders die Ausführungen zu Metropolregionen und ländlicher Raum empören die Bürgerinnen und Bürger, die sich abgehängt und abgeschrieben fühlen“, so Alexander Muthmann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und stellvertretender Wirtschaftsausschuss-Vorsitzender bei seinen Ausführungen unter dem Motto „Zukunftsentwicklung statt Zukunftsrat“.

Derartige Vorschläge des Zukunftsrates, insbesondere abstruse Abkoppelungsstrategien, lehnen die Freien Wähler strikt ab. „Wir fordern eine Politik für ganz Bayern! Wir brauchen jetzt Taten statt Worte!“, so Bezirksvorsitzender Günther Felbinger. Auch in Unterfranken gebe es Regionen, wie beispielsweise die Rhön und der Untermain, die laut Zukunftsrat in Abseits gestellt werden sollen, verdeutlichte Felbinger. „Das lassen wir Freien Wähler nicht zu!“

Hierzu zeigte Muthmann politische Strategien und Maßnahmen auf, die es nun zügig umzusetzen gilt. Denn nur so kann das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Bayern realisiert werden. Denn Bayerns Menschen haben mehr verdient als eine rein betriebswirtschaftliche, emotionslose und technokratische Darstellung des Zukunftsrates. Sie haben genug von unerfüllten Versprechungen der Staatsregierung. „Die FREIEN WÄHLER bauen in ihrer Politik auf Bürgerbeteiligung, Regionalität und eine Stärkung der Gemeinden und Landkreise vor Ort. Wir stehen für eine Politik für ganz Bayern“, so Muthmann.

Die Forderung der Freien Wähler für gleiche Lebensbedingungen in ganz Bayern erfordere, so der Wirtschaftspolitiker, eine Unterstützung der regionalen Wirtschaft auch in wirtschaftsschwachen Räumen. Hierzu zählen vor allem der bevorzugte Ausbau von Verkehrsinfrastruktur auf Straße und Schiene sowie ein flächendeckender Ausbau mit schnellem Internet. „Da reicht es nicht von einem Megabit zu sprechen, wenn wir längstens über 6 Mbit/s für private Haushalte nach momentanen Stand der Technik angekommen sind“, kritisierte Muthmann das Agieren der Staatsregierung. Andere Industrienationen erweitern ihr DSL-Netz gerade flächendeckend auf 50 Mbit/s.

Für die Region und den Landkreis Kitzingen gelte es alle Anstrengungen zu unternehmen, die Schaffung und Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu

sichern, zum Beispiel durch die Verlagerung von Behörden und den Erhalt des Bundeswehrstandortes Volkach. Eine Herzensangelegenheit sei es den Freien Wählern die Stärkung und Erhalt von wohnortnahen Schulen sicherzustellen sowie den Ausbau von Hochschulstandorten wie Würzburg und Schweinfurt weiter zu forcieren. „Wir brauchen hier vor allem auch außeruniversitäre Einrichtungen“, stellte Felbinger dar.

Bildungspolitiker Felbinger informierte die zahlreichen Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte der Freien Wähler über die Umsetzung der UN-Konvention zur Inklusion. In seinem Fachvortrag führte er die wesentlichen Veränderungen, die zum neuen Schuljahr über einen interfraktionellen Gesetzentwurf aller Fraktionen zum Tragen kommen sollen aus. Dabei verdeutlichte er, dass die Inklusion über die bisherigen Integrationsbemühungen hinaus gehen müsse. „Wir sprechen hier von gleichberechtigter Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben wie auch am Bildungsprozess“, sagte er und ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, dass dies umgesetzt werden müsse.

„Das gemeinsame Unterrichten von Schülern mit sonderpädagogischen Förderbedarf in einer Regelschule muss das Ziel sein“, sagte er, jedoch haben künftig die Eltern hier die Entscheidungshoheit. Das Elternwahlrecht gehört zu den zentralen Neuerungen der Gesetzesinitiative. Dass viele der kommunalen Vertreter hier durchaus neue Kosten auf die Kommunen zukommen sehen, verdeutlichte er: „Die Inklusion gibt es nicht zum Nulltarif, weder für den Freistaat noch für die Schulträger, aber zumindest für Letztere muss sie im Rahmen bleiben!“

Derzeit werden in Bayern rund 23 Prozent der Schüler mit Förderbedarf durch den mobilen sonderpädagogischen Dienst (MSD) betreut und bereits in der Regelschule unterrichtet.

Bezirkswählergruppen-Vorsitzender Dr. Hans-Jürgen Fahn ging auf die derzeitige energiepolitische Diskussion aufgrund der Atom-Katastrophe in Japan, um die Sicherheit der deutschen Atomkraftwerke ein. Er unterstrich seine Forderung am Atomausstieg von 2000 festzuhalten und das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld spätestens 2014 abzuschalten. Die Freien Wähler haben auch eine Unterschriftenaktion zur Abschaltung des AKW Grafenrheinfeld gestartet.